

Die Staatsbeamten und die Teuerung.

Wie wir bereits berichteten, beschäftigte sich gestern der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes mit der geplanten Hilfsaktion der Regierung für die Staatsbeamten, wobei die Zugeständnisse der Regierung als vollkommen ungenügend bezeichnet und eine Reihe von Forderungen über das Ausmaß der zu gewährenden Beihilfe beschlossen wurde. Parteiamtlich wird über den Verlauf der Beratung des Deutschen Nationalverbandes noch berichtet: Uebereinstimmend wurde der Meinung Ausdruck gegeben, es gehe nicht an, die niederen Kategorien der Staatsbeamten, die gleichfalls bitter unter der Teuerung leiden, von der Aufbesserung auszuschließen. Wenn für die restlichen sieben Monate des Jahres eine Erhöhung durchgeführt werden sollte, so erscheine es wünschenswert, die Aufbesserung auf Verlangen der Angestellten einmal auszus zahlen, um notwendige Anschaffungen zu ermöglichen. Eine wirkliche Besserung der Verhältnisse der Staatsangestellten wäre aber nur dann möglich, wenn die Regierung mit Entschiedenheit den Abbau der Lebensmittelpreise in Angriff nehmen würde, wenn ferner für die Staatsangestellten eine weitgehende Fürsorgeaktion in Bezug auf die Beschaffung von

Bedarfsartikeln durchgeführt werde, wie sie für Angehörige der Armee bereits im großen Umfang durchgeführt wurde, und wenn schließlich eine grundlegende Reform unseres gesamten Besoldungswesens der Staatsangestellten ehestens in Angriff genommen werde. Die Vorkände wurden beauftragt, bei der Regierung die entsprechenden Vorstellungen zu erheben. — Auf Anregung des Zentralverbandes der österreichischen Staatsbeamtenvereine haben die Vertretungen der Staatsbeamten, nämlich der Verband der akademisch gebildeten Staatsbeamten, die Vereine der Mittelschullehrer, die Vereinigung der österreichischen Richter, der Verband der österreichischen Staatsrechnungsbeamtenvereine, der Zentralverband der Staatsbeamtenvereine usw., beschlossen, gemeinsam eine Eingabe an die Regierung zu richten, in der als Notstandsmaßregel die Gewährung einer einmaligen Zulage zur Anschaffung von Kleidern und Schuhen, eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Gesamtbezüge und Versorgungsgenüsse, die Neuerechnung der Gebühren für die Dienstreisen usw. sowie die doppelte Anrechnung der Kriegsjahre erbeten wird. Zu dem Zwecke wird auch eine gemeinsame Abordnung der Staatsbeamtenvereine bei dem Ministerpräsidenten und den Ressortministern vorsprechen.